

Sachsen-Zeitung

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft, Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter



Nationaler Fernsprechkreis: die 8- und 9-stellige Nummern 20 Goldpfennig, die 10-stellige Nummern 40 Goldpfennig, die 11-stellige Nummern 60 Goldpfennig, die 12-stellige Nummern 80 Goldpfennig, die 13-stellige Nummern 100 Goldpfennig. Nachverlangungsgebühr 20 Goldpfennig. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Die „Sachsen-Zeitung“ erscheint täglich nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Preis: 1 Mark im Monat, bei Vorbestellung 10 Mark im Voraus. Einzelnummern 15 Pfennig. Fernsprechkreis: die 8- und 9-stellige Nummern 20 Goldpfennig, die 10-stellige Nummern 40 Goldpfennig, die 11-stellige Nummern 60 Goldpfennig, die 12-stellige Nummern 80 Goldpfennig, die 13-stellige Nummern 100 Goldpfennig. Nachverlangungsgebühr 20 Goldpfennig. Fernruf: Amt Wilsdruff Nr. 6

Nr. 126 - 83. Jahrgang.

Verl.-Abt.: „Sachsen-Zeitung“

Wilsdruff-Dresden.

Postfach: Dresden 2640

Sonnabend 31. Mai 1924

Friedensvorschläge im Ruhrstreit.

Die erneuerten Schlichtungsverhandlungen in Berlin für den Ruhrbergbau haben zu neuen Vorschlägen geführt, die nunmehr von den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ihren Organisationen vorgelegt werden. Seit über drei Wochen tobt der Kampf im Ruhrgebiet, nicht bloß die Bergwerke liegen still, sondern auch die Fabriken müssen eine nach der andern stillen, weil sie keine Kohle mehr haben. Noch komplizierter ist die ganze Lage geworden, weil zu der Frage der Arbeitszeitregelung auch Lohnforderungen getreten sind. Gegen den neulich gefällten Schiedsspruch, der übrigens nicht für verbindlich erklärt wurde, weil er von den Arbeitnehmern auf der letzten abgelehnt wurde und obwohl die Arbeitgeberseite diese Verbindlichkeitsklärung verlangte, hatten die Arbeiter nach zwei Richtungen hin Einwendungen erhoben, die zur Ablehnung führten: die nicht höher bezahlte tatsächlich durchgeführte Verlängerung der grundsätzlich achtstündigen Schicht um eine Stunde und die unzulässige Festlegung dieser Mehrarbeit auf ein ganzes Jahr. Ein ähnlicher Schiedsspruch ist übrigens gerade auch im rheinischen Braunkohlenrevier erfolgt, wonach hier das Zweischichtensystem mit einer Arbeitszeit von 10 Stunden, wie es bisher bestand, bis zum 30. September beibehalten werden soll; der Antrag auf Lohnerhöhung wurde abgelehnt. Auch dieser Schiedsspruch ist von den freien und den christlichen Bergarbeitergewerkschaften verworfen worden.

Die Bergwerksunternehmen sind in einer an und für sich überaus einfachen Zwangslage: angesichts der Tatsache, daß jede verkaufte Tonne Kohle ihnen einen Ververlust von 3-4 Mark verursacht, weil ja 27 % des Ertrages durch die Rückverträge ohne Entschädigung fortfallen, dazu 1,20 Mark Kohlensteuer bezahlt werden muß, angesichts der Tatsache, daß die Lohnquote bei den Betriebskosten von 27 % vor dem Kriege auf jetzt 72 % emporgestiegen ist, so lebte sie eine Verklärung der Arbeitszeit ebenso ab wie eine Erhöhung der Löhne. Erhält man doch in Bielefeld und an anderen Orten an der Grenze des Ruhrgebietes die englische und die oberschlesische Kohle ebenso billig wie die Ruhrkohle und beispielsweise in Frankfurt a. M. wo früher die Ruhrkohle unumwunden dominierte, ist sie jetzt 3-4 Mark teurer als die umhüllten andern Kohlenarten. Ihr Abfahrgeld ist ganz außerordentlich eingeeignet und die Unzufriedenheit der Bergarbeiter über die Löhne ist insofern berechtigt, daß die wirklich erhaltene Lohnsumme durch die im März und April zahlreich eingeleiteten Feierschichten sehr stark vergrößert wurde. Die Einlegung der Feierschichten hat aber neben dem mangelnden Absatz vor allem die Unfähigkeit und Hilflosigkeit der belgisch-französischen Eisenbahnregie bei der Wagenentlastung für den Kohlentransport als Grund.

Bei den oben erwähnten beiden Punkten ist nun in den langen Schlichtungsverhandlungen angeknüpft worden, und man ist schließlich darum zu neuen Vorschlägen gekommen. Mehrarbeit von täglich einer Stunde über die Siebenstundenschicht hinaus, aber unzulässig nur bis zum 30. September; ferner Erhöhung des am 1. Mai bekanntlich um 15 % heraufgesetzten Schichtlohnes um weitere 5 %; Arbeitszeit über Tag also 10 Stunden, nicht wie die Arbeitgeber ursprünglich verlangten 10 Stunden. Dabei ist freilich nicht gesagt, ob die 8 Stunden als reine Arbeitszeit oder einschließlich An- und Abfahrt, d. h. eine wirkliche Arbeitszeit von 6 1/2 Stunden zu verstehen ist. Wird die An- und Abfahrt nicht gerechnet, so kommt eine wirkliche Arbeitszeit von 7 1/2 Stunden heraus.

Stimmen Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu, so bedeutet das ein Nachgeben auf beiden Seiten. Angesichts der sehr starken politischen Tendenzen, die in den Ruhrbergkampfen hineingetragen worden sind, werden es die Verhandlungs- und nachgiebigkeitsbereiten Vertreter der Arbeitnehmer natürlich sehr schwer haben, ihre Leute zu dieser Nachgiebigkeit zu veranlassen. Vielleicht kann das nur die Not. Und die ist fürchtbar groß geworden im Westen. Fürchtbar groß sind auch die volkswirtschaftlichen Verluste. Und das alles angesichts der fürchtbar großen Krise, in der unsere Gesamtwirtschaft sich befindet. Freilich, ob die Unternehmer annehmen werden, muß abgewartet werden.

Ablehnung der Unternehmer.

Die Unternehmer haben den Schiedsspruch abgelehnt unter Hinweis darauf, daß die Regelung der Arbeitszeitfrage als günstig nicht angesehen werden könne, weil bereits in kurzem wiederum Verhandlungen notwendig sind, die zu Auseinandersetzungen führen können. Angesichts der wirtschaftlichen Lage des Ruhrbergbaus und der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse erklären sich die Unternehmer außerstande, die Lohnerhöhung zu tragen. Nach Lage der Dinge erscheint ihnen die Beschaffung der notwendigen Mittel unmöglich.

Eingreifen der belgischen Besatzung.

In Duer kam es zu einer ersten Besprechung zwischen der Besatzungsbehörde, den Zechenbesitzern und Zechenbetriebsräten. Der Kommandant führte aus, daß die Notstandsarbeiten von den Zechen unter allen

Gewaltige Explosions-Katastrophe bei Bukarest.

Ein Munitionsdepot in die Luft geflogen

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Bukarest, 30. Mai. Gestern ist das große Munitionsdepot der Armee, welches in einem Fort vor der Stadt liegt, in die Luft geflogen.

Bukarest, 30. Mai. Zu der großen Explosionskatastrophe wird noch gemeldet: Das Unglück verursachte in der Stadt eine große Panik, da der Ort der Katastrophe nur in ganz geringer Entfernung von der Stadt lag. Die ganze Stadt wurde im Umkreis von 3 Kilometern von der Bevölkerung geräumt, welche ängstlich die Flucht nach dem Zentrum der Stadt ergriff. Das Parlament konnte seine Sitzungen nicht abhalten. König Ferdinand wollte sich in Begleitung des Kriegsministers zum Munitionsdepot begeben. Er wurde von dem Minister veranlaßt, sich zu entfernen. Wenige Augenblicke, nachdem er den Platz verlassen hatte, schlug dort ein Geschoss ein und explodierte. Nahezu 12 000 Geschosse, welche erst eingetroffen waren, und eine bedeutende Menge anderer Geschosse flogen in die Luft. Man nimmt an, daß ein anderes Munitionsdepot, welches unterirdisch liegt, als gerettet gelten kann. Das königliche Schloß von Cotroceni mußte geräumt werden. Der Schaden beläuft sich auf mehr als 2 Milliarden Lei.

Kein Fortschritt in der Regierungsbildung

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Berlin, 30. Mai. Ueber die Unterredungen, die zwischen dem Reichstanzler und den Parteiführern, insbesondere dem Abgeordneten Hergt, geführt worden sind, werden in der Presse Mitteilungen gemacht, die durchweg den Tatsachen nicht entsprechen. Auch die Angaben über die als Reichsminister in Aussicht genommenen Persönlichkeiten beruhen auf reiner Kombination.

„Geschäftsaufsicht“, das Ausland wird mißtrauisch.

(Eigener Fernsprekdienst der „Sachsen-Zeitung“.)
Rotterdam, 29. Mai. Wie der „Courant“ meldet, haben infolge der bedenklichen Zunahme der Geschäftsaufsichten über zahlungsunfähige deutsche Firmen, die zu großen Schädigungen der Lieferanten des Auslands geführt haben, die Rotterdammer Exportfirmen Lieferungen an deutsche Käufer von vorherigen Erklärungen abhängig gemacht, daß keine Ueberfuhung vorliegt und daß innerhalb Jahresfrist keine Geschäftsaufsicht beantragt werden wird.

Umstanden geleistet werden und daß die Kollereibetriebe völlig intact gehalten werden müßten, damit nach Beendigung des Ruhrkonflikts die Arbeit sofort wieder voll aufgenommen werden könnte. Die Zechenbesitzer erklärten jedoch, für die Notstandsarbeiten mindestens 7 % der Belegschaften zu brauchen. Von der belgischen Besatzungsbehörde wurde betont, daß die Zechen besetzt werden würden, falls nicht eine befriedigende Regelung der Notstandsarbeiten zustande käme.

Dr. Wallraf Reichstagspräsident.

Die Wahl des Reichstagspräsidenten.

Berlin, 28. Mai.
In der heutigen zweiten Sitzung des Reichstages wurde der Abgeordnete Dr. Wallraf, früherer Oberbürgermeister der Stadt Köln und Reichsminister des Innern, mit 227 Stimmen gegen 151, die auf den bisherigen Reichstagspräsidenten Lobe fielen, zum Reichstagspräsidenten gewählt. Abg. Wallraf, Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei, nahm die Wahl an. Das Ergebnis wird von der Rechten mit stürmischem Beifall und Handelssachen begrüßt, während aus den Reihen der äußersten Linken Lurche sich bemerkbar macht. Wallraf übernimmt sofort das Präsidium und verspricht, die Würde und die Rechte des Reichstages zu wahren und unparteiisch zu wirken. Er erwähnt das Haus unter lebhaftem Widerspruch der Kommunisten, seine Tätigkeit in parlamentarischen Formen auszuüben. Er schloß mit Worten des Dankes an den früheren Präsidenten Lobe und den Alterspräsidenten Bod.



Wallraf.

Eigentlich war die gestrige erste Sitzung des Reichstages gesprengt worden — denn während die Kommunisten die Internationale anstimmten und von der Rechten das Deutschlandlied erscholl, setzte der im Lärm machtlos gewordenere Alterspräsident Bod seinen Hut auf und verließ das Haus, das dann ohne förmliche Schließung auseinanderging. Das Interesse an der heutigen Sitzung war wiederum außerordentlich stark, wie die überfüllten Tribünen bewiesen. Die Sitzung selbst, die um 11 Uhr zur Wahl des Präsidiums angefangen war, konnte erst gegen 12 Uhr beginnen, weil die Parteien sich vorher nicht einigen konnten. Alle hatten bei dem von ihnen genannten Kandidaten beharrt. Die Sitzung selbst verlief außerordentlich lebhaft. Sofort nach Eröffnung durch den Alterspräsidenten stellte der Zentrumsführer Fehrenbach den Antrag, die Sitzung überhaupt auf unbestimmte Zeit zu vertagen, bis über die Regierungsabfindung und die Besetzung des Präsidiums Klarheit geschaffen sei, da beide Fragen eng miteinander zusammenhängen. Dieses Verlangen fand bei den Sozialdemokraten, bei den Deutschnationalen, der Nationalsozialistischen Freiheitspartei und vor allem bei den Kommunisten lebhaften Widerspruch. Namentlich der Abg. Koenen (Kommunist) plädierte lebhaft dagegen und verlangte im Falle der Annahme des Antrages wenigstens sofortige Verhandlung über die Anträge auf Haftentlassung der festgenommenen kommunistischen Abgeordneten. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde der Antrag Fehrenbach gegen die Stimmen des Zentrums und einiger Mitglieder der Deutschen Volkspartei abgelehnt. Jetzt kam der Abg. Fehrenbach mit einem neuen Vorschlag, die Sitzung bis 2 Uhr zu vertagen und erklärte gleichzeitig die Zustimmung der Demokraten und der Deutschen Volkspartei zu diesem Wunsch. Diejenigen Verlangen zeigten sich auch die Sozialdemokraten und die Deutschnationalen geneigt, so daß unter dem ironischen Beifall der Kommunisten schließlich die Vertagung bis um 2 Uhr beschlossen wurde.

An Englands Adresse?

Zürich, 29. Mai. Der „Courant“ meldet aus Paris: Für die französische Luftkette wird ein zweiter Nachtragset angefordert, der den Bau von 25 neuen Luftgeschwadern bis Jahresende vorsieht. Havre und Lille werden vom 1. Juli ab Luftflughäfen.

Herriots Abjage nach rechts.

Paris, 29. Mai. Der „Temps“ meldet: Herriot hat dem nationalen Block eine Abjage zuteil werden lassen. Herriot hat auf die Anfrage des nationalen Blocks geantwortet, daß er kein Ministerium bilden werde, das sich ausschließlich auf die Linksparisien stützen soll.

Die Frage der Teilnahme der Sozialisten an der französischen Regierung.

Paris, 30. Mai. Der Departementsverband Seine hat in seiner gestern abgehaltenen Sitzung mit 1281 gegen 606 Stimmen die Teilnahme an der Bildung des neuen Kabinetts abgelehnt. Zahlreiche Delegierte erklärten indessen, wie das Duverge hervorhebt, daß sie für ein Zusammengehen mit dem Kabinett gestimmt haben würden, wenn sie die absolute Gewissheit hätten, daß die Radikalsozialisten eine Zusammenarbeit mit Millerand ablehnen würden.

Abjage der Generale an Herriot.

Paris, 29. Mai. Der „Matin“ meldet, daß Herriot bisher vier Generale wegen Uebernahme des Kriegsministeriums im neuen Kabinett habe befragen lassen. Die Versuche seien aber ergebnislos geblieben und würden es auch bleiben, da keiner der Generale des französischen Heeres sich dazu hergeben würde, die Verantwortung für die Zurückziehung der Truppen aus dem Ruhrrevier zu geben.

Caillaux auf dem Plan.

Rotterdam, 29. Mai. Die „Morningpost“ meldet aus Paris: Die Caillaux-Gruppe hat den Anschluß an die Herriotpartei ausgenommen. Caillaux war am Sonntag, wie der „Voorer“, „Progres“ verrät, in Lyon. Der Inhalt der zweifellos bedeutungsvollen Unterredung werde voraussichtlich seinen Niederschlag in der Zusammenfassung des neuen französischen Kabinetts finden.

Der Gehalt des englischen Arbeitsministers

London, 30. Mai. Der kommunistische Antrag in der Frage der Herabsetzung des Gehaltes des Arbeitsministers wurde mit 300 gegen 252 Stimmen abgelehnt. Die Regierung hat also durch die Unterstützung der Liberalen eine Mehrheit von 48 Stimmen erhalten.

woerone Alterspräsident Bod seinen Hut auf und verließ das Haus, das dann ohne förmliche Schließung auseinanderging. Das Interesse an der heutigen Sitzung war wiederum außerordentlich stark, wie die überfüllten Tribünen bewiesen. Die Sitzung selbst, die um 11 Uhr zur Wahl des Präsidiums angefangen war, konnte erst gegen 12 Uhr beginnen, weil die Parteien sich vorher nicht einigen konnten. Alle hatten bei dem von ihnen genannten Kandidaten beharrt. Die Sitzung selbst verlief außerordentlich lebhaft. Sofort nach Eröffnung durch den Alterspräsidenten stellte der Zentrumsführer Fehrenbach den Antrag, die Sitzung überhaupt auf unbestimmte Zeit zu vertagen, bis über die Regierungsabfindung und die Besetzung des Präsidiums Klarheit geschaffen sei, da beide Fragen eng miteinander zusammenhängen. Dieses Verlangen fand bei den Sozialdemokraten, bei den Deutschnationalen, der Nationalsozialistischen Freiheitspartei und vor allem bei den Kommunisten lebhaften Widerspruch. Namentlich der Abg. Koenen (Kommunist) plädierte lebhaft dagegen und verlangte im Falle der Annahme des Antrages wenigstens sofortige Verhandlung über die Anträge auf Haftentlassung der festgenommenen kommunistischen Abgeordneten. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wurde der Antrag Fehrenbach gegen die Stimmen des Zentrums und einiger Mitglieder der Deutschen Volkspartei abgelehnt. Jetzt kam der Abg. Fehrenbach mit einem neuen Vorschlag, die Sitzung bis 2 Uhr zu vertagen und erklärte gleichzeitig die Zustimmung der Demokraten und der Deutschen Volkspartei zu diesem Wunsch. Diejenigen Verlangen zeigten sich auch die Sozialdemokraten und die Deutschnationalen geneigt, so daß unter dem ironischen Beifall der Kommunisten schließlich die Vertagung bis um 2 Uhr beschlossen wurde.

Die entscheidende Abstimmung.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung gegen 2 1/2 Uhr versuchte der Kommunist Scholem erneut über die Frage der Freilassung der politischen Gefangenen beraten zu lassen. Es entstand bei seinen Ausführungen ein großer Lärm, und laute Zwischenrufe ertönten aus dem Hause. Nach längeren Ausführungen des bisherigen Reichstagspräsidenten Lobe lehnte das Haus es ab, vor der Wahl die Anträge zu besprechen. Bei der nun folgenden Präsi-